



jung+liberal

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen

Sprechen wir über die

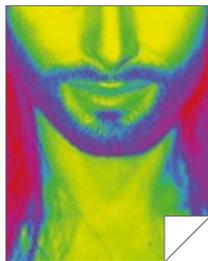
Respektgesellschaft



Kurz+Knapp



Impressionen
BuKo Braunschweig



8-9

Alles muss anders werden

Mehr Respekt für jene, die anders sind, und dennoch so sind wie wir – das muss wieder unser Handeln und Leben bestimmen.



10-11

Mein Byte ist mein Byte und dein Byte ist dein Byte

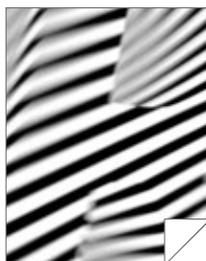
Auch nach 25 Jahren gilt im Netz noch zu oft das Recht des Stärkeren. Mit einer Eigentumsordnung für persönliche und unpersönliche Daten könnte sich das ändern.



14-15

Respekt in der liberalen Familie - Realität oder Illusion?

Die FDP muss sich nicht nur ein neues Leitbild nach außen geben, sondern sie muss auch den Respekt nach Innen lernen.



18-19

Respekt vor Flüchtlingen

Es gibt keine Kultur des Willkommens, nicht mal des Respekts, wenn Flüchtlinge hierher kommen. Das muss sich ändern!

- 2 Kurz & Knapp
- 4 Respekt, Alter! *Junge Menschen sind nicht unpolitisch!*
- 6 Respekt und Meinungsfreiheit
- 8 Alles muss anders werden
- 10 Mein Byte ist mein Byte und dein Byte ist dein Byte
- 12 Von Wildsäuen und Gurkentruppen
- 14 Respekt in der liberalen Familie *Realität oder Illusion?*
- 16 Wo es in unserer Gesellschaft an Respekt fehlt? *...leider bei uns selbst!*
- 18 Respekt vor Flüchtlingen
- 20 Respekt, ein abstrakter Begriff
- 22 Internationale Seiten
- 23 Impressum

Editorial

Liebe JuLis,

Respekt, wovor denn?

Respekt ist ein Begriff der uns allen geläufig und gleichzeitig doch so abstrakt ist. Was bedeutet Respekt, was respektvoller Umgang, was heißt es Respekt vor etwas zu haben? Der Begriff an sich ist unterschiedlich getönt: Und kann dabei für Achtung, Toleranz, Anerkennung, Fairness, Prestige, Vorsicht (...) stehen. Zur gleichen Zeit wird das Wort aber auch in anderen Situationen inflationär gebraucht: So will der Chef Respekt von seinen Mitarbeitern, meint dabei aber Gehorsam. Haben wir Respekt vor einer bedrohlichen Situation, so gleicht es eher Angst und haben junge Menschen im Volksmund den Respekt verloren so sind sie unhöflich.

Selbst in offiziellen Kampagnen, von FIFA bis UNESCO, häuft sich das plakative Wort Respekt. Dabei bleibt offen, was es nun genau mit dem „Respekt“ auf sich hat. Wir alle haben unterschiedliche Vorstellungen von einer angemessenen Interpretation des Respektbegriffes. In dieser Ausgabe nehmen wir uns deshalb das umfangreiche Thema zur Brust. Dabei diskutieren wir mangelnden Respekt vor Datenschutz, Respektlosigkeit in der Politik und unserem Verband. Wir sprechen über fehlenden Respekt vor der jungen Generation und Diversität und versuchen dabei zu klären, wie eine Respektgesellschaft heute aussehen sollte.

In diesem Sinne wünsche ich Euch viel Spaß bei der Lektüre und wünsche euch ein frohes Jahr 2015.

Eure Jeanine



Jeanine im Netz
email jundl@julis.de
facebook [jeanine.f.weiss](https://www.facebook.com/jeanine.f.weiss)



Respekt, Alter!

**Junge Menschen sind
nicht unpolitisch!**

Im

Oktober 2014 stellte das Bundesministerium für Bildung und Forschung eine Studie zur Situation der Studierenden in Deutschland vor. Verschiedene Politiker äußerten sich angesichts der Ergebnisse besorgt – noch nie sei die junge Generation so unpolitisch gewesen. Einen solchen Befund empfinde man 25 Jahre nach dem Mauerfall als besonders beklagenswert. Wenige Wochen später schlug der "Spiegel" mit einer Titelgeschichte in dieselbe Kerbe. Die „Generation Merkel“ sei unkritisch und unpolitisch.

Solche Vorwürfe an die Adresse der Jugend gehören zu jeder guten Diskussion über ein Thema, das für junge Menschen relevant ist. Oft ist aus dem Mund älterer Mitbürger zu hören, früher sei man noch für seine Ideale auf die Straße gegangen, während Jugendliche sich heute lieber mit Spaß und Selbstverwirklichung beschäftigen würden.

Diese Haltung ist Ausdruck einer ausgeprägten Respektlosigkeit gegenüber der Jugend. Und selbst wenn es um einen guten Zweck geht – auch zu den Hochzeiten der Studentenbewegung blieb ein großer Teil der Leute zu Hause. Dass sich die Demonstranten von damals über die fehlende Empörung von heute aufregen, muss auch als Frust über die damaligen Zu-Hause-Bleiber verstanden werden.

Richtig ist: Wer sich mit den Erwartungen und Wünschen junger Menschen von heute beschäftigt, stellt fest, dass diese beruflich erfolgreich sein wollen und ein erfülltes Familienleben anstreben. Ein großer Teil kann sich außerdem vorstellen, ehrenamtlich etwas für die Gesellschaft zu leisten.

Darin steckt eine Menge Selbstverwirklichung. Doch auch jene, die durch harte Arbeit nach dem Zweiten Weltkrieg zum heutigen Wohlstand hierzulande beigetragen haben, wollten damals für sich selbst positive Lebensumstände erreichen. Und auf der Agenda der 68er-Generation nahm das Streben nach Selbstverwirklichung zu Recht einen prominenten Platz ein. Einer Generation vorzuwerfen, nach bloßer Selbstverwirklichung zu streben, scheint ein automatischer Reflex darauf zu sein, dass das Zukunftsbild der Jungen von heute ein anderes ist als das Zukunftsbild der Jungen von früher.

Verkrustete Strukturen gehören aufgelöst

Schon aus diesem Automatismus können Liberale ableiten, wie ein Miteinander der Generationen aussehen sollte. Die Erwartung an die Lebensräume der jeweils anderen Generation müssen mit dem nötigen Respekt behandelt werden. Verkrustete Strukturen hindern oft genug ältere und jüngere Menschen daran, ihr Leben so zu leben wie es zu ihnen passt. Liberale müssen beispielsweise den Wandel der Arbeitswelt begleiten, damit man Job, Familie und Ehrenamt besser vereinbaren kann. Dazu gehören flexible Altersgrenzen und die Freiheit, Geld dazu zu verdienen, wenn man dies für richtig hält. Außerdem sollten der Bundesfreiwilligendienst und das Freiwillige Soziale Jahr zusammengelegt und attraktiver gemacht werden.

In einer Respektgesellschaft muss sich aber auch die politische Einbindung der Jugend ändern. Wer als junger Mensch auf das Klagen nach der unpolitischen Jugend mit politischem Engagement reagiert, der stößt auf viel Verständnis und Unterstützung. Leider gibt es aber auch

die andere Seite: Sobald es konkret wird und ein Vertreter der jüngeren Generation auf die angespannte Lage bei der Rente oder auf die wachsende Staatsverschuldung aufmerksam macht, beginnt das rituelle Argument „Der hat doch noch nie in seinem Leben gearbeitet.“

Ein großer Teil der Schüler und ein noch größerer Teil der Studenten weiß, was Arbeit ist. Sie verdienen in den Ferien ihr Geld für den Führerschein selbst oder schufteten nach der Vorlesung als Kellner oder Kellnerin. Ein gewisser Teil zahlt dabei auch Geld in die sozialen Sicherungssysteme ein.

Politik kann und sollte Menschen dabei helfen ihre Träume zu verwirklichen

Es passt nicht zusammen, eine Generation als unpolitisch zu bezeichnen und gleichzeitig 30 Jahre Berufserfahrung für ein politisches Statement vorauszusetzen. Auch dass die Leistung junger Menschen in den Augen vieler Betrachter nicht zählt, hält sie von politischem Engagement ab. Um es auf die Spitze zu treiben: Man muss als junger Mensch keine Kriegs- oder Nachkriegserfahrungen gemacht haben, um politisch mitreden zu können. Die Jungen von heute müssen sich nicht dafür entschuldigen, bessere Chancen zu haben als Menschen in früheren Zeiten.

Liberale dürfen daher nicht der Stichwortgeber für Politikverdrossenheit sein. Wer immer wieder sagt, dass Jugend sich nicht für Politik interessiert, der trägt am Ende selbst zu einem abnehmenden Interesse bei. Wenn man sich die Wünsche und Erwartungen der jüngeren Generation anschaut, stellt man fest: Politik ist manchmal das Mittel, um jungen Menschen bei ihren Träumen zu unterstützen. Liberale müssen die Wege aufzeigen, wo politisches Engagement sinnvolle Veränderungen herbeiführen kann.

Dazu muss das Angebot der Liberalen ein optimistisches sein – bei den Inhalten, aber auch bei der Rhetorik. Ein Politiker der pausenlos wahlweise das Ende des Abendlandes oder das Ende des sozialen Friedens heraufbeschwört, redet an Jugendlichen vorbei. Dasselbe gilt für Politiker, die einander in erster Linie beleidigen, statt dem Vertreter einer anderen Partei auch mal Recht zu geben.

Ein großes Gespräch der Generationen setzt gegenseitigen Respekt voraus. Wir Liberale müssen in unserem Handeln und Reden diesen Respekt erkennen lassen.

Konstantin Kuhle (25) ist Jurist und Bundesvorsitzender der JuLis

e-mail kuhle@julis.de





Respekt und Meinungsfreiheit

Nun also Respekt. Auf dem letzten Bundeskongress haben wir uns für eine Stärkung der Respektgesellschaft ausgesprochen. Vermutlich gibt es kaum einen besseren Begriff, mit dem wir unser Alleinstellungsmerkmal, das große und sperrige Wort "Freiheit", übersetzen können. Doch wie respektvoll ist unsere Gesellschaft? Was bedeutet Respekt im Alltag? Und wie können wir Respekt zu einem unserer primären Charakteristika machen? Ich werde diese Fragestellung am Beispiel eines für Liberale essentiellen Gutes skizzieren: Der Meinungsfreiheit.

Respekt, Toleranz und Meinungsfreiheit sind eng miteinander verwoben. Dass Deutschland ein offenes und tolerantes Land ist, zeigt sich bereits daran, dass von ganz links bis ganz rechts alle Parteien Verfechter der Meinungsfreiheit sind. Jede NPD-Demo wird mit dem Verweis auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit begründet und wenn Linke die Politik Israels mit der der

Nationalsozialisten vergleichen, dann geschieht auch das unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit. Doch wie viel wert ist eine freie Meinungsäußerung, wenn sie benutzt wird, um anderen zu schaden? Ist das noch ein respektvoller Umgang miteinander? Sicher nicht.

Auch in der Mitte des bürgerlichen Spektrums ist die Meinungsfreiheit nicht immer eine Selbstverständlichkeit. Seit Jahren erleben wir den Trend, dass in diversen politischen Diskussionen unkonventionel-



len Meinungen nicht in der Sache begegnet wird. Oftmals wird dem Andersdenkenden eine Nähe ins linke oder rechte Abseits unterstellt. Indem man die Position des Andersdenkenden diskreditiert, schafft man Totschlagargumente. Wie oft hören wir bei kontroversen Ideen, dass damit lediglich am "Rand des demokratischen Spektrums gefischt" wird?

Wo fängt Meinungsfreiheit an und wo hört sie auf?

Ja, man darf in Deutschland jede Meinung vertreten, die auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Und ja, wer seine Meinung frei äußert, muss auch mit der Antwort darauf umgehen können. Das ist das Wesen der Demokratie! Wenn dem Andersdenkenden jedoch nicht mehr in der Sache geantwortet, sondern lediglich seine Integrität in Zweifel gezogen wird, dann ist die Grenze der Meinungsfreiheit erreicht. Betrachtet man die Debatte um Thilo Sarrazins Buch "Deutschland schafft sich ab", so kann man seinen Thesen zustimmen oder nicht. Aber wer hat sich öffentlich ehrlich mit seinen Positionen auseinandergesetzt? Kein Spitzenpolitiker hat die durch ihn angeführten Zahlen und Argumente in der Sache kritisiert, umso einiger war man sich darin, ihm eine braune und islamophobe Ideologie zu

unterstellen. Und genau hier wird die Verteidigung der Meinungsfreiheit zu einer Frage des Respekts!

Leider sind auch wir Liberale nicht gänzlich davor gefeit, statt echter Meinungsfreiheit zu der viel einfacheren Pauschalisierung zu neigen. In der Debatte um den Euro-Mitgliederentscheid haben sich Anhänger beider Lager wechselseitig als Nationalisten oder Sozialisten bezeichnet. Vor allen Wahlen der jüngeren Vergangenheit wurde im Wahlkampfendspurt statt der inhaltlichen Zuspitzung auch die alte Leier der **Rote-Socken-Kampagne** gespielt. Selbst das gebetsmühlenartige Beschimpfen der Grünen als Verbotsparterie und „autoritäre Moralisten“ auch außerhalb von Wahlkampfzeiten gehört für Spitzenliberale ja inzwischen zum guten Ton. Als vor wenigen Wochen Gerhard Papke und Bijan Djir-Sarai einen 10-Punkte-Plan zur Rückbesinnung auf die wehrhafte Demokratie vorgestellt haben, war das Echo darauf laut und deutlich, und wieder ohne Antwort in der Sache, weder von Parteifreunden noch von den Medien oder dem politischen Gegner. Vom "Rechtsruck" (WAZ) bis zu "rassistischen Denkmustern" (Ömer Kirli, Vorsitzender der SPD-AG "Migration und Vielfalt") reichten die Reaktionen.

Liberal sein bedeutet abweichende Meinungen zu respektieren

Mit der Meinungsfreiheit verhält es sich jedoch wie mit dem **Rösler'schen Frosch im Wasserglas**. Eine schleichende Verengung der Meinungskorridore wird kaum bemerkt, führt aber langfristig zu einer Unterminierung der Demokratie in unserem Land. Betrachtet man die

Rote Socken

Laut Wikipedia diente die "Rote Socke" in den 1990er Jahren als polemischer Begriff und teilweise als Wahlkampfmotiv, mit dem politische Gegner Mitglieder der PDS bezeichneten. Verbreitet wurde der Begriff vor allem im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1994 durch Großflächenplakate der CDU, die damit eine von der CDU unterstellte mögliche Koalition aus SPD und PDS bzw. Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung durch die PDS ansprach.

Rösler'scher Frosch im Wasserglas.

Philip Rösler nutze auf einem FDP-Parteitag folgendes Gleichnis: „Wenn Sie einen Frosch in kaltes Wasser setzen und langsam die Temperatur erhöhen, wird er zuerst nichts merken und nichts machen. Und wenn er etwas merkt, dann ist es zu spät für den Frosch.“

großen politischen Probleme der vergangenen Jahre, so muss man feststellen, dass es zu den meisten kaum eine nennenswerte Debatte gegeben hat: Energiewende, Europa, Integrationspolitik. Egal welche Position man in einer Debatte bezieht, nach außen heißt es, wir werden keine Debatte führen, die unseren Kompass verschiebt. Nach innen heißt es, wir dürfen keine Debatte führen, die unser Spitzenpersonal beschädigen könnte. Dabei ist es genau die Errungenschaft des Liberalismus, dass man auch abweichende Meinung ohne Angst vor Denunzierung äußern darf. Auch wir JuLis sind zurecht stolz auf unsere Debattenkultur.

Wenn wir es aber zulassen, dass vom gesellschaftlichen Mainstream abweichende Meinungen dazu führen, dass der Andersdenkende eine Repression in Form der Diskreditierung seiner politischen Grundeinstellung erfährt, höhlen wir die Meinungsfreiheit aus. Wenn wir eine echte Respektgesellschaft fordern, dann müssen wir zugleich die Partei sein, die Respekt ganzheitlich denkt - und lebt! Wir Liberale müssen deutlich machen, dass wir kontroverse Meinungen als Bereicherung empfinden und dass wir jedem Versuch, die Meinungsfreiheit (egal ob offen oder verdeckt) zu unterwandern, entschieden entgegen treten! Wenn uns das gelingt, dann werden wir tatsächlich als die Partei des Respekts wahrgenommen. Und nur so stärken wir gleichzeitig unsere Rolle als die einzige liberale Kraft in Deutschland.

Und wer den Artikel wirklich bis hierhin gelesen hat, für den folgt jetzt der Selbstversuch: Hand aufs Herz, wer hat beim Lesen bereits im Kopf versucht, den Autor im liberalen Spektrum einzuordnen? Eurokritiker, Klimaleugner, Nationalliberaler? Zu keinem der gewählten Beispiele wurde eine Position bezogen. Wem dennoch diese Gedanken durch den Kopf geschossen sind, der sollte sich fragen, ob er nicht selbst zu pauschalen Urteilen neigt.

Gerald Kunzmann (27) hat in München Staats- und Sozialwissenschaften studiert. Er arbeitet in München als Hörsaalleiter und Militärausbilder. Bei den JuLis ist er Vorsitzender des Kreisverbandes München-Land.

e-mail liberal@gerald-kunzmann.de

facebook Gerald Kunzmann



Ich habe aufgehört zu zählen. Die Kommentare in Internetforen, Sprüche in Bus und Bahn, auf Schulhöfen. Alte und nicht so alte Männer und Frauen in Talkshows mit ihren hasserfüllten Monologen, aufgeweicht durch einen Ansatz der political correctness, aber wer will, der erkennt des Geistes Kind...

Alles muss anders werden

Wir mögen mehr Rechte haben, und ja, es ist besser geworden. Nur selten wird unser Leben in Deutschland bedroht. Aber ist die Abwesenheit von lebensbedrohlichen Situationen Freiheit?

Und immer öfter beschleicht mich das unguete Gefühl, dass es nicht besser wird. Der Sturm wird kommen. Und wer wird an meiner Seite stehen wenn es soweit kommen sollte?

Meine „Community“? Ich wage es zu bezweifeln. Längst haben die meisten Schwulen und Lesben sich arrangiert und separiert, von einer gemeinsamen Identität keine Spur. Klischees werden aufgebaut und zelebriert. Es ist bitter, wenn ich mir von schwulen Männern die gleichen hohlen Phrasen zu Lesben anhören muss, wie sie auch von heterosexuellen Männern oftmals geäußert werden. Aber den Schuh dürfen sich beide Seiten anziehen, da wird sich nichts geschenkt.

Von den Minderheiten der Minderheit

Und was ist mit all jenen, die anders sind? Was ist mit Homosexuellen mit Behinderung, mit Transgender-Menschen oder Transsexuellen?

Ja, die gibt es auch noch. Sie sind die neue Minderheit in der Minderheit. Aber die sind dann doch schon „sehr anders“, die gehören nicht wirklich „zu uns“.

Es scheint als wären die Homosexuellen des Kampfes um Gleichberechtigung müde. Wir haben unsere schwulen und lesbischen Fernsehserien, auch ein paar Charaktere im Mainstream-TV, es gibt keine Razzien mehr in homosexuellen Discotheken, und Verpartnern dürfen wir uns auch. In der Großstadt fühlen wir uns sicher und dann bitte nach uns die Sinnflut. Wer noch nicht alle Rechte hat die er braucht, der soll doch bitte allein weitermachen, der Terminkalender ist voll. Und überhaupt, gab es da nicht diesen einen Film der so erfolgreich war? Da seid ihr doch gut dargestellt worden. Das reicht doch!

Lieber angepasst und in der Norm

In schwulen Datingprofilen lese ich immer öfter Sätze wie „Tunten brauchen sich gar nicht melden, euch antworte ich nicht“. Sagt mal geht's noch? Wir fordern Diversität an allen Ecken und Enden, wir wollen nach unserem Gusto leben und dann folgen solche Äußerun-

gen? Der neue Schwule ist also ein heteronormatives Abziehbild alter „Männlichkeit“, nur der Sexualpartner im Bett ist die veränderte Komponente? Der Wunsch der Norm zu entsprechen ist so groß geworden, dass wir ver-gessen haben, dass wir das einst weder wollten, noch das wir es müssen sollten. Die Unterteilung von Homosexuellen in jene „denen man es ansieht“ und jenen „die ja doch ganz normal sind“ ist längst gesellschaftliche Realität, und wir unterstützten es mit voller Kraft. Geflügelte Worte wie „heterolike“ und „straightacting“ beschreiben die Entwicklung deutlich. Wir wollen so sein wie die anderen, und haben vergessen, dass wir anders sind.

Das ist aus zwei Gründen fatal. Zum ersten widersprechen wir damit allem, was wir seit Jahren gewesen sind, was uns ausgemacht hat. Freiheit für sich und für andere Menschen erreichen zu wollen, so sein zu können wie man sein will, und den anderen Menschen dieses Recht auch zugestehen zu können, das sind die Wurzeln der Bewegung. Wie können wir guten Gewissens gegen die heteronormativen Beschränkungen klagen, wenn wir selbst als „Betroffene“ fragmentiert sind und unser Solidaritätsempfinden auf ein Minimum beschränkt ist. Das ist falsch, weil es falsch ist. Wir wollten mal mehr, weil wir es für richtig empfanden.

Respekt ist mehr als die bloße Duldung und das reine Aufwiegen

Wir als Mitglieder der „LGBTIQA-Community“ sind ohnehin eine Minderheit. Eine fortschreitende Segregation mit dem einhergehenden Verlust von Bindung und Solidarität wird vor allen Dingen in Zeiten gefährlich, in denen eben nicht alles rosarot ist. Wir gegen die „Deutsche gegen Ausländer“, „Arbeitslose gegen Arbeitslose“, „Gute Religion gegen schlechte Religion“. Das bildet sich doch niemand ein, das ist gesellschaftliche Realität. Und diese Entwicklung ist nicht nur gesamtgesellschaftlich ein besorgniserregender Prozess, er sollte auch den Homosexuellen zu denken geben.

Vergessen ist, dass wir einst in Konzentrationslager gesperrt und umgebracht, dass wir in den 80er Jahren im Zuge von AIDS wie Aussätzige behandelt wurden. Dass Homosexuelle Menschen mit Migrationshintergründen oftmals auch in der heutigen Zeit noch um ihr

LGBTIQA

steht für Vereinigung der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, und Intersexuellen. Ebenso findet sich manchmal die Bezeichnung Queer-Initiative als Pendant.

Leben fürchten müssen wenn Sie sich zum „Anderssein“ bekennen. Der schwule Außenminister und die lesbische Fernsehmoderatorin kann und darf den zusammengeschlagenen Homosexuellen, den angespuckten transsexuellen Menschen und die, aufgrund ihrer sexuellen Identität, gemobbten jungen Menschen nicht aufwiegen. Niemals.

Wir müssen nicht alle Freunde und Freundinnen sein. Auch wir haben die Freiheit uns auszusuchen, mit wem wir unsere Zeit verbringen möchten. Aber aus den Augen verlieren dürfen wir nicht, was uns verbindet, was uns verbinden muss! Der Wunsch nach Akzeptanz, nach Freiheit, nach Frieden – er muss uns verbinden – als Community. Wir müssen leben und leben lassen und der Kampf um unsere Ziele kann erst dann abgeschlossen sein, wenn wir alle soweit sind.

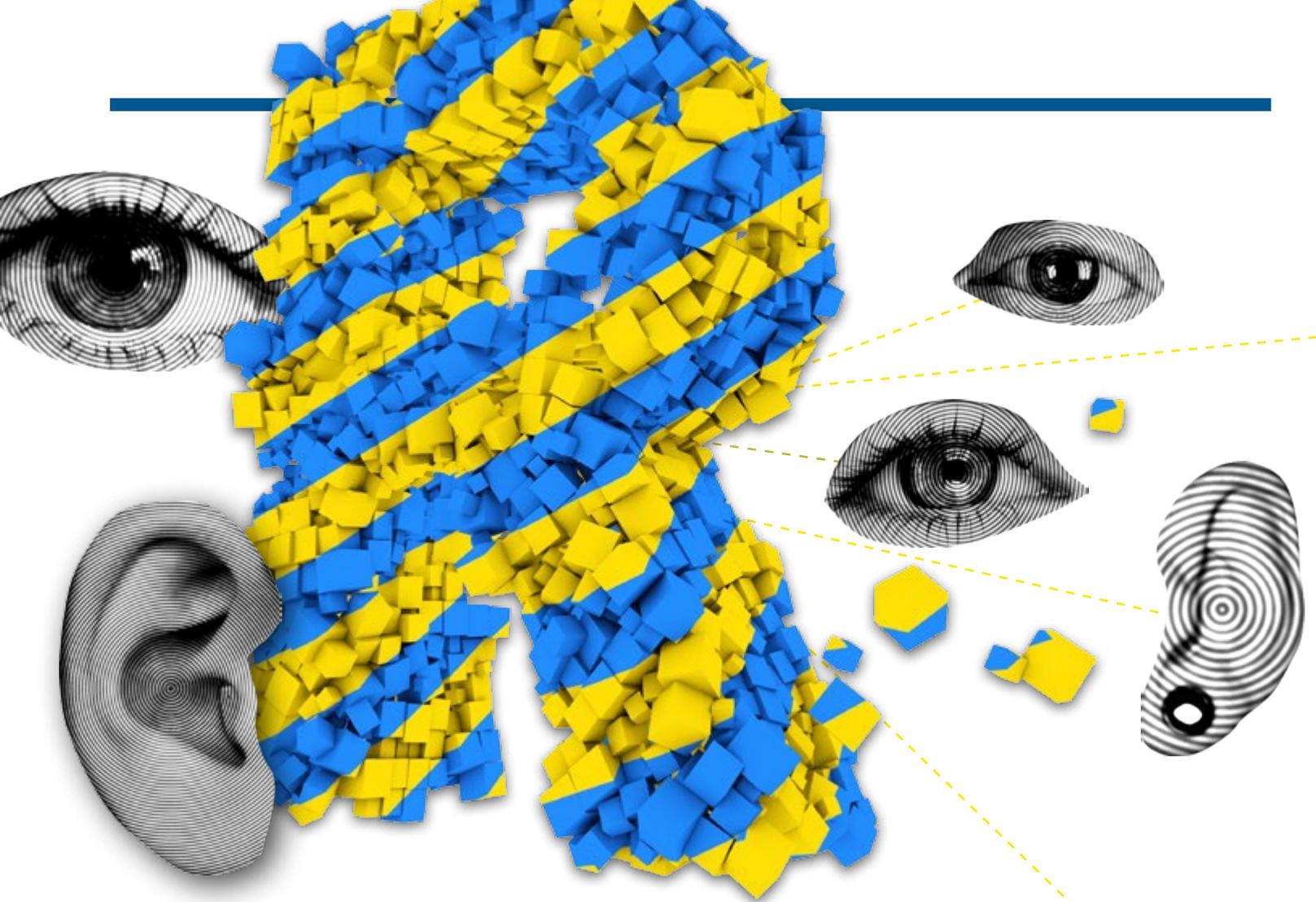
Auch wir müssen also Respekt offensichtlich neu erlernen. Und dabei geht es nicht nur um die bloße Duldung. Wenn wir anfangen Dinge wie „Das können die ja so machen, aber muss denn das in der Öffentlichkeit sein“ zu sagen, dann sägen wir an jenem Ast auf dem wir es uns so gemütlich gemacht haben. Denn auch wenn viele Homosexuelle es nicht wahrhaben möchten, wir sitzen auf einem Ast, wir gehören zusammen.

Mehr Respekt für jene, die anders sind, und dennoch so sind wie wir – das muss wieder unser Handeln und Leben bestimmen. Lasst uns in unserer Gemütlichkeit nicht vergessen, dass es da draußen viele Menschen gibt, die an sich selbst zweifeln, weil sie anders sind und niemand ihnen beisteht. Wir, die Menschen die für die Freiheit des Individuums einstehen, egal welche sexuelle Identität wir haben mögen, sind ihre einzige Hoffnung, dass es irgendwann einmal besser wird.

Sven Görgens (34) ist Stellvertretender Landesvorsitzender von LiSL NRW und Fraktionsgeschäftsführer in Dortmund.

e-mail sven.goergens@me.com

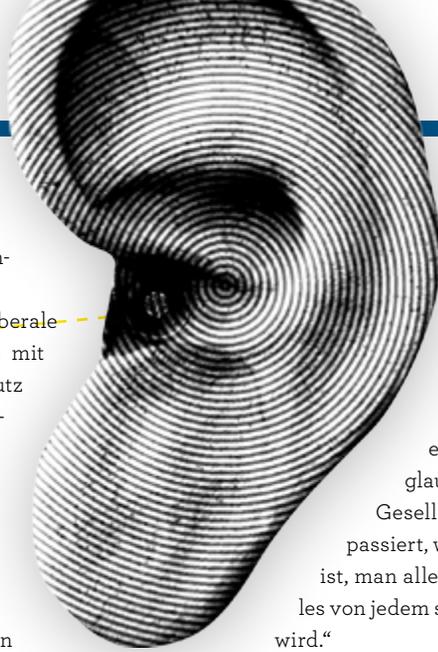




Mein Byte ist mein Byte und dein Byte ist dein Byte

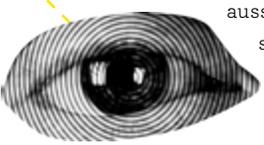
Auch nach 25 Jahren gilt im Netz noch zu oft das Recht des Stärkeren. Mit einer Eigentumsordnung für persönliche und unpersönliche Daten, als einem genuin liberalen Projekt, könnte sich auch im Internet endlich die Stärke des Rechts durchsetzen.

Im Internet herrscht Wilder Westen. Wie die ersten Siedler, die im 19. Jahrhundert ihre Pföcke und Zäune in den indianischen Boden ramnten, um so ihren Eigentumsanspruch zu deklarieren, versuchen heute Internetgiganten die digitale Welt in ihrem Sinne zu gestalten. So wie die einstigen Siedler, die Tag für Tag in unbekannte Gefilde vorstießen und dabei neues Land mit neuen Möglichkeiten entdeckten, sorgt die rasante Entwicklung der Informationstechnologie derzeit dafür, dass auch im virtuellen Raum neue Welten mit neuen Möglichkeiten und neuen Besitzansprüchen entstehen. Besitzansprüche, die von forschen Internetunternehmen oftmals so einfach und rücksichtslos deklariert werden, wie es einst die Siedler im Wilden Westen taten. Doch anders als Winnetou und Co., scheinen wir uns gegen die Pföcke und Zäune der Internetindustrie kaum wehren zu wollen. Dabei fehlt den derzeit herrschenden digitalen Eigentumsverhältnissen sowohl eine angemessene Rechtsgrundlage, als auch die politische Legitimation. Gerade aus liberaler Sicht ist die Regelung der digitalen Datenmärkte deshalb eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit.



Denn auch wenn sich Datenschützer und Bürgerrechtler heute unisono hinter dem gemeinsamen Schlachtruf „Meine Daten gehören mir!“ versammeln, kennt das Recht im Zusammenhang mit persönlichen und unpersönlichen Daten den Eigentumsbegriff bisher nicht. Ein Missstand von immenser Tragweite. Denn anders als das Land, das Haus, das Auto oder auch das mit geistiger Schöpfungskraft geschriebene Buch, das einem gehört und über das man nach eigenem Gutdünken verfügen kann, hat man über die digitalen Daten, die man im Netz – bewusst oder unbewusst – hinterlässt, in aller Regel keinerlei Kontrolle. Oftmals weiß oder erfährt man sogar gar nichts davon, wenn man im Web durch das eigene Verhalten neue Daten erzeugt und diese, von wem auch immer, aufgezeichnet werden. Dagegen tun, kann der durchschnittliche Internetnutzer ohnehin kaum etwas.

Dass Internetunternehmen unser Surf- und Klickverhalten, die von uns besuchten Websites und hochgeladenen Fotos einfach speichern, auswerten, analysieren und eigenmächtig nutzen können, ist weder festgeschrieben noch unveränderbar. Es basiert auf der Macht des Faktischen, weil sich die Politik aus der Diskussion um das Eigentum an unseren und den von uns geschaffenen Daten bisher weitgehend herausgehalten hat. Auch deshalb weil die Netzgiganten den Umgang mit unserem wertvollsten digitalen Gut von Beginn an nach ihren eigenen Vorstellungen prägen und gestalten konnten. Nur so ist es zu erklären, dass sich heute, nach rund 25 Jahren Internet, kaum noch jemand vorstellen kann, dass es eben nicht gottgegeben ist, dass jeder Chat und Post, dass jede Email und jede Facebook-Nachricht gespeichert und analysiert wird. Dabei könnten das Recht und die Schutzmechanismen für unsere Daten auch ganz anders



aussehen, könnten mehr Respekt für unsere Privatsphäre und Selbstbestimmung ausdrücken. Kontingenz heißt hier das Schlagwort und gerade Liberale sollten sich dieser stets bewusst sein. Denn nur wenn man weiß, dass Gegebenes zwar vorhanden und möglich, aber in seiner bestehenden Form nicht unbedingt notwendig ist, kann man politisch gestalten – und politi-

sche Gestaltung ist es, die im Bereich des digitalen Datenmarktes unübersehbar fehlt.

Wie sehr eine solche liberale Ordnung, die den Einzelnen mit seinem Bedürfnis nach Schutz der Privatsphäre in den Mittelpunkt stellt, fehlt, zeigen in stetiger Regelmäßigkeit die oft unbedachten Äußerungen einflussreicher Internetunternehmen, die ganz offen zugeben, dass sie unsere Welt und unseren Alltag nach ihren Vorstellungen verändern wollen. Besonders eindrücklich brachte dies Google-Chef Eric Schmidt auf den Punkt, als er 2009 sagte: „Wenn es irgendetwas gibt, was man nicht über Sie wissen sollte, dann sollten Sie es vielleicht gar nicht erst tun.“

Wie sehr Quasi-Monopolist Google glaubt auch gegen den Willen der Menschen Besitzanspruch auf deren persönliche und unpersönliche Daten zu haben, machte Schmidt im Zusammenhang mit Google Street View deutlich. Kritikern des umstrittenen Projekts, bei dem die Straßen ganzer Städte fotografiert und die Bilder ins Netz gestellt wurden, entgegnete er plump: „Man kann ja umziehen, wenn man nicht will, dass die Wohnung bei Google Street View gezeigt wird.“ Dass Google langfristig das Ziel hat, Bilder aller Städte bei Street View zu veröffentlichen, sagte er freilich nicht.

Was einmal da ist, ist nur schwer wieder aus dem Netz zu bekommen. Und was im Netz ist, gilt im Netz. Für einfache Internetnutzer wird es dadurch zum Gesetz. Eine Logik, die der Harvard-Professor Lawrence Lessig bereits 2000 mit dem Satz „code is law“ zusammenfasste. Sie besitzt bis heute Gültigkeit. Anders lässt es sich nicht erklären, dass Eric Schmidt im Oktober 2010 stolz verkünden konnte: „Wir wissen, wo du bist. Wir wissen, wo du warst und wir wissen mehr oder weniger, worüber du nachdenkst.“ Ein Satz, der nur Jahre zuvor für Proteststürme gesorgt hätte. Doch inzwischen scheinen wir so sehr an das Vorpreschen von Google, Facebook und Co. gewöhnt zu sein, dass es uns gar nicht mehr wundert, wenn die Internetriesen einfach machen, statt zuvor nach unserer Meinung zu fragen. Denn von einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion über den

Weg, den Google einschlägt, scheint dessen Chef ohnehin nicht sonderlich viel zu halten. So sagte Schmidt, ebenfalls 2010: „Ich glaube nicht, dass die Gesellschaft versteht, was passiert, wenn alles zugänglich ist, man alles wissen kann und alles von jedem ständig aufgezeichnet wird.“

Liberale sollten das nicht nur anders sehen, sondern vehement widersprechen. Denn wir trauen den Menschen mehr zu, als sie zu stupiden Datenlieferanten zu machen, die man beobachten und analysieren kann. Wir sollten uns daran machen, in den nächsten Jahren eine breite und grundsätzliche Diskussion über den Umgang mit unseren Daten anzustoßen, in der alles Gewohnte hinterfragt und die eingetretenen Pfade verlassen werden. Am Ende dieser Debatte sollte eine neue Eigentumsordnung stehen, eine Eigentumsordnung für persönliche und unpersönliche Daten. Sie sollten wir zu unserem liberalen Projekt machen. Klar sollten wir darin regeln, wem welche Daten gehören und welche Rechte bzw. welche Pflichten sich aus ihrem Besitz ableiten. So könnten wir sicherstellen, dass Selbstbestimmung und Privatsphäre auch im Netz respektiert werden. Außerdem könnten wir die Spaltung der Menschen in jene, die nur Daten liefern und jene, die Daten besitzen, überwinden. Die Zeit, in der digitale Eigentumsrechte durch das Recht des Stärkeren deklariert werden, müssen wir beenden. Auch im Netz sollten wir endlich auf die Stärke des Rechts setzen. Schließlich hat das schon vielerorts geklappt, nicht zuletzt im Wilden Westen.

Florian Philipp Ott (26) ist Politikwissenschaftler und Soziologe. Er ist Ratsherr der Stadt Krefeld und seit 2013 stellvertretender JuLi-Bundesvorsitzender für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.



- [e-mail ott@julis.de](mailto:ott@julis.de)
- [twitter FlorianOtt](#)
- [facebook florianphilippott](#)



Von Wildsäuen und Gurkentruppen

Es war für viele wohl der Tiefpunkt politischer Kultur in Deutschland, als sich Minister und Staatssekretäre nur noch die Worte „Wildsau“ und „Gurkentruppe“ entgegensetzen hatten. Doch so extrem diese offen zelebrierte Abneigung zwischen Union und FDP in der letzten Regierungskoalition gewesen sein mag – so bleibt sie historisch betrachtet nicht beispiellos. Die gute Kinderstube ward schon immer im Politischen gerne vergessen. Viel mehr: Verbale Kriegsführung ist ein Werkzeug des politischen Handwerks. Zu Lasten des **persuasiven Argumentierens**. Zu Lasten des Respekts vor den Repräsentanten unseres Volkes. So ist kein Staat zu machen.

Die Respektlosigkeit als politische Taktik

Historisch gesehen ist der (geplante) Eklat und die Beleidigung ein politisches Machtinstrument. Ein Blick auf ausgewählte Beispiele aus den unterschiedlichen Epochen des Bundesdeutschen Politbetriebs:

Joschka Fischers „mit Verlaub Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch“, das die bewusste Abgrenzung der Grünen von der alten Bonner Republik mit ihren Traditionen und Rastern zur Schau stellen sollte. Oder das „Genosse Arschloch“ eines Herbert Wehner in Richtung seines Parteifreundes Franz Josef Zebisch. Ob Franz Joseph Strauß' Abkanzeln eines politischen Gegners mit den Worten „Wenn's schon kein Hirn haben, dann halten Sie's Maul wenigstens. Dieses dämliche Gequatsche eines politisierenden Beatles. Sie Pilzkopf!“. Oder Jürgen Trittins „Doof, Doof, Dobrindt“: Allen ist eins gemein: Der Versuch, politisch gegensätzliche Meinungen auf den vermeintlich niederen Charakter und Geist des

Kontrahenten zu projizieren. Der Versuch, persönliche Deutungshoheit in der Debatte durch eine persönliche Diskreditierung des anderen zu erringen.

Nun setzen wir voraus, dass unsere Volksvertreter Spiegel unserer Gesellschaft sind. Niemand erwartet deshalb von authentischen Politikern, den Diskurs gänzlich frei von Emotionen, in diplomatischer Manier zu pflegen. Wir wollen uns in unseren Repräsentanten wiederspiegeln. Wir, die doch bisweilen auch zu verbalen Attacken im privaten oder beruflichen Streit ausholen. Doch stellt sich die Frage, ob emotionale Ausbrüche menschlich nachvollziehbar wirken oder erkennbar überzeichnet der rhetorischen Kriegsführung, der reinen Diskreditierung des Gegners dienen. Letzteres jedenfalls führt dazu, dass Politik nicht mehr dem eigenen Anspruch gerecht wird: Dem Anspruch, im überzeugenden Sinne Verständnis für ihre Vorhaben zu generieren. Dem Anspruch, eine Vorbildfunktion in unserer Gesellschaft zu erfüllen.



Triebfeder der Politikverdrossenheit?

Ob diese politische Streitkultur eine Triebfeder der immer fleißig bemühten Floskel der Politikverdrossenheit ist, das weiß ich nicht. Wahrscheinlich aber eher nicht. Es wäre eine zu einfache Schlussfolgerung, zumal einfache Lösungen und Politik sich eigentlich immer ausschließen. Das **Ockhamsche Rasiermesser** bleibt doch besser in der Wissenschaftstheorie und für Dr. House Fans (wie mich) in der medizinischen Diagnostik. Die verbale Kriegsführung stellt aber sicherlich einen Mosaikstein des Phänomens Politikverdrossenheit dar. In seiner rein politischen Dimension trägt die stetige Diskreditierung des politischen Gegners dazu bei, dass ein Kernelement der politischen Debatte – das Persuasive – in den Hintergrund rückt. In einer liberalen demokratischen Gesellschaft muss Politik aber darauf abzielen, ihr Handeln öffentlich zu erklären und zu legitimieren. Daher muss des Politikers Sprache überzeugende Argumentation sein. Er muss durch Argumente und sprachliche Mittel die Meinung des anderen ändern und überreden. Ersetzen Beleidigungen jedoch Argumente, werden Bürger gerade komplexe politische Themen und Entscheidungen nicht nachvollziehen können. Oder auf unser Beispiel bezogen: Mit der Beschimpfung „Gurkentruppe“ überzeugt eine Partei wohl niemanden von den eigenen Plänen einer Gesundheitsreform. Politikverdrossenheit wächst.

In seiner kulturellen Dimension hat diese Art der politischen Streits auch zu dem weit verbreiteten, niederen Bild der Bürger über die „Kaste“ der Politiker beigetragen. Denn eines werden sich die Menschen wohl immer wieder fragen: Was wäre die Konsequenz für mich, würde ich mich in meinem privaten oder gar beruflichen Leben so verhalten wie meine politischen Repräsentanten? Was wäre die Konsequenz, würde ich in dieser Sprache meine Kinder erziehen oder morgens meinen Kollegen begegnen? Wir sind längst in der Ära der Berufspolitiker angekommen, nur haben wohl bei weitem nicht alle „ihren“ **Max Weber** gelesen und verinnerlicht... So etwas bleibt hängen.

Der politische Stil des Denunzierens und Diskreditierens – er diskreditiert am Ende die politische Elite selbst. Nicht nur, weil sie damit jegliche Vorbildfunktion für ihrer Bürger verlieren. Sie konterkarieren sich als moralische Instanz, die sie gerade zur Inanspruchnahme von Führung und Macht doch sein müssten. Wie sollen wir also Respekt vor unseren Regierenden haben, wenn diese sich selbigen nicht einmal gegenseitig zollen? Wie wollen wir unbequeme politische Entscheidungen von Menschen mittragen, an dessen

charakterlicher und moralischer Integrität wir zweifeln? Politikverdrossenheit wächst.

Ich musste Googeln um mir bewusst zu machen, dass Joschka Fischers „Arschloch“-Spruch eine Reaktion auf den Ausschluss von einer Parlamentssitzung des Abgeordneten Jürgen Reents war, der diesen kassierte, weil er Helmut Kohl als "von Flick freigekauft" bezeichnet hatte. Und so ist es eigentlich immer. Die mehr oder minder originelle Beleidigung bleibt im Gedächtnis, ein etwaiger inhaltlicher Anlass nicht.

Die verbale Kriegsführung muss Ausnahme sein, nicht Regel

Die emotionale und ruppige Auseinandersetzung ist als Quintessenz aber nicht grundsätzlich abzulehnen. Es gibt Situationen, in denen die Emotionalität das Persuasive durchaus unterstützen kann. Dabei hilft, Bürger zu erreichen und die Bedeutsamkeit eines Anliegens zu unterstreichen. Doch die rein persönlich gemünzte Diskreditierung schadet unserer politischen Diskussion und dem Ansinnen unserer Politiker selbst: Im Fokus der Öffentlichkeit steht der Disput zwischen zwei oder mehr Protagonisten. Nicht der Inhalt eines Vorhabens. Bürger messen das Verhalten an den Maßstäben, die an sie selbst angelegt werden, und sind enttäuscht. Der politischen Diskussion, der Gesellschaft und den Herausforderungen, denen wir uns politisch zu stellen haben nutzt dies nicht. Im Gegenteil.

Daher mein Wunsch: Mehr Weber und weniger Gurkentruppe im politischen Miteinander.

Persuasion

In der politischen Kommunikation der Versuch nachhaltig Einstellungen durch Argumentation und sprachliches Geschick zu verändern.

Ockhams Rasiermesser

Stark vereinfacht besagt dieses Forschungsprinzip, dass von mehreren möglichen Erklärungen die einfachste Theorie allen anderen vorzuziehen ist.

Max Webers Aufsatz „Politik als Beruf“

gilt als Klassiker der Politikwissenschaft und benennt als wichtigste Eigenschaften eines Berufspolitikers (1) sachliche Leidenschaft, (2) Verantwortungsgefühl und (3) ein distanziertes Augenmaß. Als größte Schwäche benennt er Eitelkeit, die ihn unsachlich und verantwortungslos werden lässt.



Michael Lindner (31) ist Bundesvorstandsmitglied der Jungen Liberalen a.D. und war bis 2014 Chefredakteur des j+l.

e-mail lindner@julius.de

facebook [mlin83](https://www.facebook.com/mlin83)





Respekt in der liberalen Familie -

Realität oder Illusion?

Eine Schlagzeile aus dem vergangenen November sollte uns stutzig machen: "Respekt im Bundestag ist möglich" meldete der Nachrichtensender n-tv mit Bezug auf die Debatte über Sterbehilfe im Deutschen Bundestag auf seiner Internetseite. Beinahe zwangsläufig stellt sich die Frage: Wie steht es mit dem Respekt in unserer Demokratie, wenn eine solche Feststellung eine Schlagzeile wert ist und wie sieht es mit dem Respekt in Parteien und ihrem Umfeld aus? Ist Respekt bei uns Liberalen Realität oder doch nur Illusion?

Eine Selbstkritik

Das, was wir als respektlos oder respektvoll einschätzen, ist ein sehr persönliches Gefühl. Der Versuch einer Selbstkritik kann also nicht gelingen, indem einfach drauf losgeschrieben und nur ein subjektives Respektsempfinden Grundlage dieser Kritik wird. Vielmehr müssen verschiedene Einschätzungen als Basis dienen und so haben - im Vorfeld dieses Artikels - rund 30 aktive und ehemalige JuLis die Bitte erhalten, ganz spontan und ohne lange Überlegung je ein Beispiel für respektvollen und respektlosen Umgang in der liberalen Familie zu nennen. Eine solche "Umfrage" kann nicht repräsentativ sein, aber sie soll diese Kritik objektivieren. Vor allem macht sie deutlich, wo wir es nicht mit Einzelfällen, sondern mit regelmäßigen Phänomenen zu tun haben.

In vielen Rückmeldungen wurde der respektlose Umgang gegenüber Frauen - besonders in der FDP - beklagt. Ein solcher Umgang muss einen Ausgangspunkt haben: Sind es einige wenige Mitglieder, die für dieses respektlose Klima gegenüber Frauen sorgen oder ist es etwa der "Alt-Herren-Stammtisch" im Ortsverband Hintertupfingen an dem solche Erlebnisse entstehen? Nein. Es sind weder einige wenige Menschen, noch der OV Hintertupfingen, der diese Eindrücke auslöst. Chauvi-Sprüche werden bei JuLis und FDP noch heute gerne mal "rausgehauen" und ein

"Nein" verstehen viele männliche Liberale eher als Ansporn anstatt in der eigentlichen Bedeutung des Wortes. Das muss ein strukturelles Problem sein. Dies belegt auch das Kleinreden der #aufschrei-Debatte über Alltagssexismus im Frühjahr 2013. Es sollte Liberalen zu denken geben, dass der einzige Beitrag eines FDP-Spitzenpolitikers in dieser Diskussion die Klage über Sexismus gegenüber Männern war. Was für ein Hohn gegenüber Frauen, die in der Partei regelmäßig mit respektlosen Machos umgehen müssen. Einen sachlichen Umgang mit der Debatte hat die FDP bis heute nicht hinbekommen. Wer Respektlosigkeit gegenüber Frauen in der Partei ankreidet, wird belächelt. Das Problem wird ignoriert. Immerhin hat sich - auch das sagen die Rückmeldungen aus der Umfrage - bei den JuLis eine Verbesserung eingestellt und die Funktionsträger sind deutlich sensibilisiert. Diesen Prozess für mehr Respekt gilt es zu festigen und auf die FDP zu übertragen - auch, wenn dann einige Herren vor dem Reden auch mal Denken müssen.

Apropos Funktionsträger: Die brauchen bei den Liberalen ein dickes Fell: Auch sie sind häufig das Opfer von Respektlosigkeit. Die Liberalen neigen in der Tat dazu, sich gegenseitig wenig Zeit einzuräumen, wenn es darum geht, sich in Verantwortung zu beweisen. Ob es nun um den früheren FDP-Chef Philipp Rösler oder um seinen Nachfolger Christian Lindner geht: Sofern sich nicht unmittelbare Erfolge einstellen, wird die Kritik auch von vorherigen Fürsprechern laut und entwickelt sich schnell zu Respektlosigkeit, die uns zu denken geben sollte. Macht es Sinn die eigenen Leute in sozialen Netzwerken Shitstorms auszusetzen und wäre es manchmal nicht angebracht, erst durchzuatmen, um die Kritik dann sachlich im direkten Kontakt auszudrücken? Respektlosigkeit gegenüber Funktionsträgern ist übrigens kein Problem, dass sich nur im Verhältnis Mitglied/Funktionär stellt: Auch Führungskräfte untereinander lassen gerne mal den nötigen Respekt vermissen. Nun mag der kun-



dige "House of Cards"-Zuschauer denken, dass alles noch viel schlimmer sein könnte oder sogar ist, aber das "jung + liberal" ist ein Magazin für Idealisten: Es wird die Partei nicht weiterbringen, wenn sich unsere Führungskräfte ohne jeglichen gegenseitigen Respekt bekämpfen und bei der Niederlage des Kollegen innerlich schon die Machtübernahme planen.

Die FDP kann von den JuLis lernen

Als besonders respektvoll wird die Diskussionskultur bei den Jungen Liberalen empfunden und das wurde bei der schwierigen, aber ausgesprochen sachlich geführten Debatte um Sterbehilfe auf dem vergangenen Bundeskongress in Braunschweig mehr als deutlich. Es ist auch ein Zeichen von Respekt, dass sich die Jungen Liberalen mit schwierigen Themen ausführlich auseinandersetzen, wie etwa mit der Diskussion um die Euro-Politik im Jahr 2011. Im schwierigen Umfeld des (nicht selten von Respektlosigkeit geprägten) Mitgliederentscheids in der FDP haben die JuLis Souveränität bewiesen und eine komplexe Debatte geführt. Es zeichnet uns ebenso aus, dass auf so gut wie jedem Bundeskongress auch neue Mitglieder den Mut finden, sich mit Redebeiträgen zu beteiligen und ihre Meinung einzubringen. Diese Debattenkultur ist von Respekt und gegenseitiger Achtung geprägt und das sollte bewahrt werden. Die FDP kann an dieser Stelle noch viel von uns lernen. In der Partei kann es leider schon mal vorkommen, dass Debattenbeiträge von neuen Leuten belächelt und negativ bewertet werden oder sich ein Parteitagspräsidium mit wertenden Kommentaren in eine Wortmeldung einmisch.

Es zeigt sich: Respekt ist offensichtlich keine Frage des fortgeschrittenen Alters. Vielfach findet in der Jugendorganisation ein respektvollerer Umgang miteinander statt, als es in der FDP der Fall ist. Man könnte nun antworten, dass es in einer Partei "um mehr geht" als in einer Jugendor-

ganisation, aber erstens ist dieses Argument seit September 2013 für die FDP nur noch begrenzt anwendbar und zweitens darf es keine Ausrede für Respektlosigkeit sein. Die liberale APO-Phase bietet hier eine Chance: Die FDP muss sich nicht nur ein neues Leitbild nach außen geben, sondern sie muss auch den Respekt nach innen lernen. Es braucht keine "Anstandspolizei". Aber die Schaffung eines Ombudsmitglieds in der FDP, wie auf dem Parteitag in Dresden beschlossen, ist ein guter Schritt zu mehr Respekt in der Partei. Jetzt gibt es eine Anlaufstelle, um Probleme mit Respektlosigkeit thematisieren zu können. Ein weiterer Ansatz zur Einschätzung der Respektkultur können regelmäßige Mitgliederumfragen sein. Ganz besonders braucht es aber eine Kultur der direkten Ansprache: Wir müssen dazu übergehen, unsere Probleme zu lösen, indem wir Respektlosigkeit offen ansprechen und respektlose Mitglieder damit konfrontieren. Das muss nicht vor dem Plenum eines Bundeskongresses geschehen, aber ein direktes Wort kann Wunder wirken. Respekt bei den Liberalen muss keine Illusion sein.

Oliver Olpen (26) studiert Sozialwissenschaften an der Uni Osnabrück. Er war von 2011 bis 2013 Landesvorsitzender der JuLis Niedersachsen und 2013/2014 Ombudsmitglied der Jungen Liberalen.



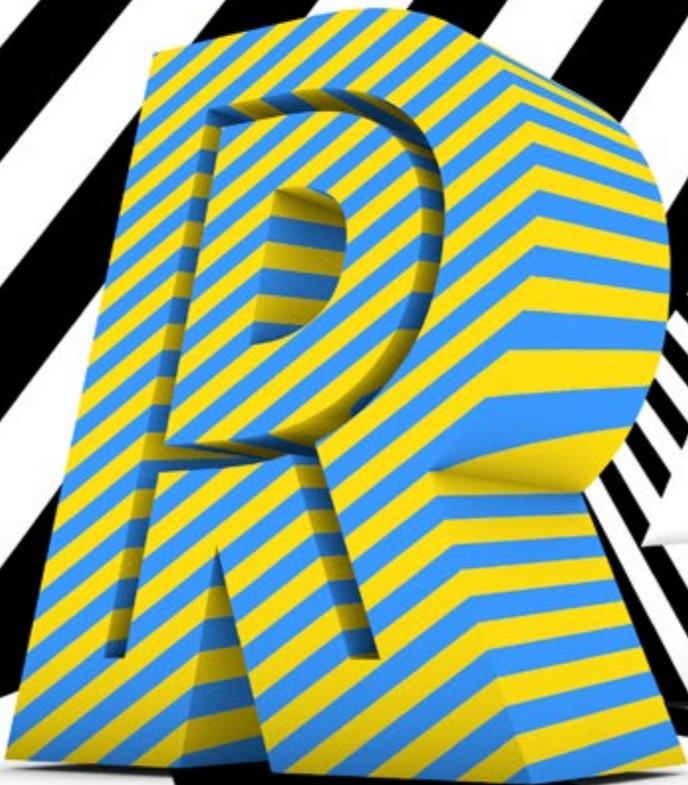
e-mail olpen@julius.de

twitter [olpen](#)

facebook [olpen](#)

Wo es in unserer Gesellschaft an Respekt fehlt?

...leider bei uns selbst!



stellt, wo es „in der heutigen Zeit in Politik und Gesellschaft an Respekt fehlt“. Dazu wurden gleich drei Antwortmöglichkeiten mitgeliefert: 1. „Leistung“, 2. „Vielfalt“ und 3. „Privatsphäre“. Die Reihenfolge dieser Aufzählung fand ich durchaus bemerkenswert, da sie aus meiner Sicht etwas über die Prioritätensetzung in unserem Verband aussagt. Im Grundgesetz wird die „Würde des Menschen“ als das erste, allumfänglich zu respektierende Gut genannt, und uns Liberalen fällt stattdessen als erstes „Leistung“ ein!?

Sehen wir uns einmal genauer an, was das bedeutet: Laut wikipedia.org stammt das Wort Respekt von dem lateinischen *respectus* („Rücksicht, Berücksichtigung“) und „bezeichnet eine Form der Wertschätzung, Aufmerksamkeit und Ehrerbietung gegenüber einem anderen Lebewesen (Respektsperson) oder einer Institution“. Mit anderen Worten: Bei der Frage, wo und in welcher Weise Menschen in unserer Gesellschaft nicht genug Beachtung finden, bzw. auf wessen Ansprüche keine Rücksicht genommen wird, denken wir nicht etwa an die Entrechteten, mit Tod, Hunger und Folter bedrohten Menschen an den europäischen Außengrenzen, sondern an die „Leistungsträger*innen“ unserer Gesellschaft (wer auch immer damit im konkreten Fall gemeint sein mag)!?

Dies ist meines Erachtens ein eindeutiger Hinweis darauf, dass wir bei der Suche nach mangelndem Respekt zunächst einmal vor unserer eigenen Tür kehren sollten. Mein Problem ist nicht, dass wir in Fragen des Flüchtlingsschutzes und Asylrechts eine respektlose Beschlusslage hätten. Mein Problem ist vielmehr, dass wir JuLis mit unserem Auftreten und unserer thematischen Prioritätensetzung nach wie vor allzu stark den Eindruck vermitteln, dass es uns primär um die Belange mittelständischer (Bildungs-)Bürger*innen geht (Unternehmer*innen, Selbstständige, Facharbeiter*innen etc.) und dass wir kein wirklich ausgeprägtes Bewusstsein für die Randgruppen unserer Gesellschaft (geschweige denn die buchstäblich „Ausgegrenzten“) haben, sondern dass wir sie nur ab und zu mal in den Blick nehmen, um uns nicht ganz so kalt zu fühlen (und/oder erscheinen zu lassen?).

Gerade unsere „Mutterpartei“ scheint ihren Blick mehr für eine „Leistungs-“ als eine „Respektgesellschaft“ zu schärfen. Darin liegt meines Erachtens einer der Gründe für das „beschadete“ liberale Image der FDP und für den Abzug enttäuschter Anhänger*innen des sozialliberalen Flügels. Anstatt zusammen mit Werbefachleuten zu überlegen, wie die „Marke“ FDP wieder aufpoliert werden kann, sollten wir lieber den repetitiven und selbstgefälligen Rekurs auf unsere (angebliche) „Bürgerlichkeit“ unterbinden. Und dabei sollten wir nicht nur dem eingesessenen FDP-Klientel seinen Respekt zollen, sondern unsere Augen, Ohren und Münder vor allem für die Menschen öffnen, die innerhalb und außerhalb der europäischen Gesellschaft unermessliches Leid erfahren.

Das sind aus meiner Sicht tatsächlich zunächst einmal die Menschen, die versuchen, vor politischer Verfolgung und absoluter Armut in den Hoheitsbereich der EU zu fliehen; die massenweise im Meer ertrinken, da die europäischen Landgrenzen vollständig abgeriegelt sind; die von europäischen Grenzschütze*innen getötet, misshandelt und/oder in die Hände von marrokanischen, lybischen und anderen Folterknechten übergeben werden etc. ... Die Leidensliste der Flüchtenden ist lang und wird in den Berichten von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International tagtäglich erweitert. Solange dies der Fall ist, tue ich mich schwer damit, den Begriff des Respekts nicht zuallererst mit der Achtung vor dem Leben und der Würde der und des Einzelnen zu verbinden, sondern mit der Vergütung von „Leistung“ (zumal damit in liberalen Zusammenhängen selten Lohnkämpfe gemeint sind, sondern eher Steuer senkungen für Menschen, die vergleichsweise privilegiert sind). Es ist an der Zeit, dass wir JuLis unsere Prioritätenliste überdenken – schließlich ist doch keine*r von uns darauf aus, der AfD den Rang abzulaufen!

Als mich die letzten „JuLi-Inside News“ mit dem Aufruf zu Beitragsideen zum Thema „Respektgesellschaft“ erreicht haben, hat die Überschrift mein Herz zunächst höher schlagen lassen. Als Liberaler, der – wie ich es ausdrücken würde – keine „Berührungängste“ zu linken Kreisen hat, dachte ich sofort daran, etwa einen Beitrag zum Thema queer theory zu verfassen (da ich mich damit zur Zeit auch im Studium beschäftige). Dann aber hat mich die Verwendung des Respektbegriffs in der Themenankündigung so stutzig gemacht, dass ich es an dieser Stelle für wichtiger halte, eine kleine Kritik an uns selbst zu üben (wobei ich mich ausdrücklich auf unsere politische Kultur insgesamt und nicht die Verfasser*innen der Rundmail in persona beziehe).

In der Rundmail, die sicherlich die meisten von euch gelesen haben, wurde die Frage ge-

Lukas Fischer (26), studiert Musik und Politik-Wirtschaft in Oldenburg und ist Mitglied des Bremer Landesverbands.

e-mail lukas.m.fischer@googlemail.com



Respekt vor Flüchtlingen

erst hier kennen gelernt. Im Asylverfahren. Im Sammelager NRW.

Beide sprechen langsam und brüchig, suchen oft lange nach Worten. Es gibt keine Sprachkurse, nicht so lange sie noch im Verfahren sind. So dauert es ein bisschen, bis sie klarstellen, dass Khan eine häufige Namensform ist in Bangladesch.

Herr Khan und Herr Khan sind zu Gast im Rathaus. Für Verwirrung sorgt in der AG Unterkünfte, dass sie beide Khan heißen, jedoch nicht miteinander verwandt sind. Sie sind Freunde, aber nein, sie sind nicht zusammengeflüchtet. Sie haben sich

So häufig wie hier Müller oder Schmidt. Aber obwohl sie erst seit wenigen Monaten in Deutschland sind und ihre Tage in ihrem Zimmer im Asylanwärterheim und in der Stadtbibliothek verbringen, erzählen sie ihre Geschichte. Sie leben hier ohne soziale Kontakte außerhalb des Heims, mit sporadischem Kontakt in ihre Heimat via Skype und schildern ihren Alltag in einem Haus, das als der soziale Brennpunkt schlechthin gilt. Wir reden dabei Deutsch, nur dreimal müssen wir kurz ins Englische wechseln.

Der eine Herr Khan war selbstständig, hatte einen Laden. Doch er engagierte sich in

einer Oppositionspartei. Die Behörden machten ihm das Leben schwer, kamen ständig vorbei, schränkten seine Ladenöffnungszeiten ein. Zum Schluss war mindestens seine wirtschaftliche Existenz gefährdet, also schloss er den Laden und suchte einen Ausweg. Jetzt, hier in Deutschland möchte er einen LKW-Führerschein zu machen, damit er sofort arbeiten kann, sobald er darf. Wovon er träume? Er will heiraten, Kinder, ein Haus. Ein sehr „German Dream“, erscheint es mir. Ist das nicht das Pendant zum Traumland USA das sich die Politik wünscht? Ob er auch ehrenamtlich arbeiten würde – ohne Geld, irgendwo helfen, zum Beispiel alten Menschen? Ja, sicher, gerne.

Das sieht der andere Herr Khan anders. Er möchte nicht unbezahlt arbeiten. In der Heimat studierte er – Economics. Aber auch er hat sich ehrenamtlich in der APO engagiert, in derselben Partei. Nun lernt er selbstständig in der Bibliothek Französisch und versucht auch Deutsch zu lesen. Aber es ist

schwer, Material zu finden, das er versteht und die Bibliothek hat nicht viel auf Englisch.

Angela Merkel, die Freiheitsbringerin

Ob die beiden zurück in die Heimat wollen? Ja, eigentlich schon – wenn Angela Merkel mitkommt. Sie müsse auch nur für eine Amtszeit regieren, dann könnten wir sie wieder haben. Denn dann gäbe es in Bangladesch Demokratie – freie Wahlen. Wir lachen alle herzlich, auch die CDU-Kollegen – Angela Merkel als Idealbild der Demokratie und Freiheitsbringerin. Wir engagieren uns hier alle ehrenamtlich demokratisch. Aber wir wissen nicht, was es heißt, seine Existenz oder sein Studium aufzugeben für sein Gesellschaftsbild, für ein Recht auf freie Wahlen. Diese Männer tun mir Leid, aber sie haben auch meinen Respekt. Und wegen Schicksalen wie diesen regt es mich auf, wenn gefordert wird, Asylsuchende müssten sich zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Was, wenn nicht der Wunsch nach einer freiheitlich-demokratischen Lebens-

grundlage verbindet die Menschen, die aus repressiven Staaten flüchten, mit uns?

Dass wirtschaftliche und persönliche Freiheit unteilbar sind – dies zeigt die Praxis der Flüchtlingspolitik. Wer wurde verfolgt, bedroht, wer ist „Wirtschaftsflüchtling“ – diese Frage versucht das Asylverfahren zu klären. Doch auch politische Flüchtlinge suchen eine neue wirtschaftliche Existenz. Auch die Familie, die im Bürgerkrieg flüchtete, will ihren Kindern etwas bieten können: Aufstieg durch Leistung oder Bildung. Materielle Sicherheit und eine bessere Zukunft – streben nicht alle Menschen, denen

die Heimat das nicht (mehr) bieten kann danach?

Besichtigung der Asylunterkünfte – schlechte Zustände, wenig Gemeinschaft

Nächster Termin des Sozialausschusses: wir besichtigen die Asylunterkünfte. Auf dem engen Flur des Heims gegen dessen Containeranbau mit Unterschriften, Facebook-Kommentaren und Briefen in unterirdischem Ton mobil gemacht wird, stehen einige Flüchtlinge. Ganz normale junge Männer, die ich von den Hauttönen grob muslimischen Ländern zuordnen würde. Die meisten hier kommen aus dem afrikanischen oder arabischen Raum. Als Flüchtlinge, die erst ein paar Monate hier sind – und vielleicht nur noch ein paar Monate – hätte ich sie außerhalb dieses Hauses nicht erkannt. Ein junger Afrikaner läuft durch die Hintertür hinein und bleibt angesichts des Menschaufbaus erst einmal stehen. Mir fällt er wegen seines sehr stylischen Looks auf. Dass er sich mit 95 anderen Männern die verdreckten, zuge-

hier auf dem Flur teilen muss und nicht zur Schule geht, eine Ausbildung macht oder sich das Geld für sein Outfit nicht selbst verdient – verdienen darf! – hätte ich ihm auf der Straße erst Recht nicht angesehen. In seiner Heimat Eritrea müsste er zu einem der brutalsten Militärdienste der Welt gehen, aus denen die wenigstens lebendig zurückkehren.

Wer mit den Bewohnern spricht, hört immer wieder eines: es sind nur Wenige hier, die Ärger machen. Zu viel trinken, für Schmutz sorgen, andere Heimbewohner bedrohen oder sogar beklauben, Vandalismus betreiben. Diese Einzelfälle bringen die gesamten Flüchtlinge in Veruruf. Vor allem aber bleiben nun viele Männer, die vor Bedrohung geflüchtet sind, lieber auf ihrem Zimmer, als eine Gemeinschaft zu bilden.

Warum flüchten

vor allem junge, alleinstehende Männer in die EU? Weil nur sie es schaffen. Die Fluchtwege sind gefährlich, die Strapazen auf Schleppern oder Landwegen sind meist unmenschlich. Man muss Hunger, Durst, Krankheit überleben und körperlich einiges in Kauf nehmen. Diese Menschen würden einiges tun für ein besseres Leben. Aber sie haben hier meist keine Chance zu arbeiten, studieren oder ein Handwerk zu erlernen.

Es gibt keine Kultur des Willkommens, nicht mal des Respekts, wenn

Flüchtlinge nach Ankunft in den Kommunen weder Betreuung noch Sprach- und Integrationshilfe bekommen. Doch wie sollen die Kommunen mehr leisten? Meine Stadt bekommt wie viele andere keine freiwilligen Leistungen mehr bewilligt. Es würde von Respekt des Bundes vor den Menschen zeugen, Asyl als Pflichtausgabe nicht mehr am unteren Rand des Leistbaren zu finanzieren. Denn Qualität in Integrations- und Sozialpolitik hat sicher ihren Preis – aber nur dann einen echten Wert.



Beret Roots (29), Dipl.-Psych., leitet den Bundesarbeitskreis Gender & Diversity. Seit Juni vertritt sie als Ratsmitglied die FDP im Sozialausschuss und Integrationsrat der Stadt Moers. Sie ist Mitglied im LFA Arbeit und Soziales in NRW.

e-mail roots@julis.de

twitter BeretRoots

facebook b.for.beretta

Respekt ist nicht nur die Achtung vor anderen, sondern auch vor sich selbst. Er fehlt an vielen Stellen in der Gesellschaft und doch sollte man bei sich selbst anfangen.

Die Frage nach dem Respekt in Deutschland der Gegenwart ist sicher eine berechnete. Als erstes wird in Deutschland beim Thema Respekt ganz sicher der Respekt vor Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Kultur genannt. Ja, die 3.-Reich-Krücke. Natürlich finde ich es abscheulich, was damals passiert ist. Doch an dem Punkt, an dem die Zeitzeugen selbst kaum mehr berichten können, was damals geschehen ist, sollte dieses Thema vielleicht doch etwas differenzierter beleuchtet werden.

Respekt vor anderen Menschen, unabhängig, wer sie sind, wo sie herkommen, was ihre Ziele, Träume und Wünsche sind (sofern sie nicht die anderer Menschen direkt beeinträchtigen), sollte selbstverständlich sein. Ist es leider nicht. Doch genauso fehlt es beim Respekt auch an diversen anderen Stellen.

Die Frage nach dem Respekt für andere Kulturen beleuchtet große Zusammenhänge. An dieser Stelle fragt man sich, warum erwartet eigentlich niemand Respekt für die deutsche Kultur und Sprache? Weil automatisch davon ausgegangen wird, dass der eigenen Kultur sowieso genug Achtung entgegen gebracht wird? Weil die deutsche Kultur keinen Respekt verdient? Mit der Frage nach Respekt für Kultur und Sprache geht aber auch der Wunsch nach Respekt für die Lebensentwürfe anderer Menschen einher. Hier rücken die kleineren Dinge in den Fokus. Viel diskutiert wird dieser Tage das Thema Studium. Doch wer respektiert eigentlich noch die Entscheidung eines jungen Menschen für eine Ausbildung? Wer hat entschieden, dass ein Studium mehr wert ist? Und im Privatleben? Schaut man quer durch die Parteienlandschaft, findet man Respekt für so einige Lebensentwürfe. Ist die Familie das Ziel, schau man nach rechts. Dort finden wir den von Hollywood und Rosamunde Pilcher propagierten Sternchen-rosa-Zuckerguss-bis-ans-



Respekt, ein abstrakter Begriff

Ende-aller-Tage-Märchen-Entwurf, der überholt scheint und doch von so vielen Menschen noch immer als das Nonplusultra wahrgenommen wird. Sucht man nach anderen Familienformen, finden die Alleinerziehenden sich vor allem links wieder. Doch wer von ihnen hat das geplant? Und wer respektiert eine Frau, die sich gezielt dafür entscheidet, alleine ein Kind großzuziehen?

Das Thema Homosexualität mag man kaum noch erwähnen, da es mittlerweile so durchgelutscht und abgekaut ist, doch auch hier sollte über Respekt nachgedacht werden. Wer respektiert den Mut, zu seinen Vorlieben zu stehen und Blicke, die meist nicht besonders positiv sind, auf sich zu ziehen? Wer respektiert Menschen, die in einer offenen Beziehung leben? Wer respektiert in der heutigen Zeit eine Frau, die sich bewusst für das Leben als Hausfrau und Mutter entscheidet?

Bei all dem stellt sich die Frage: Was ist denn eigentlich Respekt?

Der Duden behauptet „auf Anerkennung, Bewunderung beruhende Achtung“. Und genau da liegt wohl das Problem. Natürlich ist Respekt etwas Erstrebenswertes, aber kein Selbstzweck und er fällt eben auch nicht vom Himmel. Respekt bedeutet irgendwo auch, sich mit dem zu Respektierenden auseinander zu setzen. Sich Gedanken zu machen. Bewunderung für etwas aufzubringen, was man selber vielleicht nicht tun würde. Und gerade daran mangelt es in Deutschland.

Wer hat eigentlich noch – ja was ist das Problem – Lust? Zeit? Antrieb? Motivation, sich mit Dingen auseinanderzusetzen, die das eigene Leben nur sehr randläufig tangieren? Die Wenigsten, muss die Antwort wohl lauten. Stets wird alles, was anders ist und auf den ersten Blick seltsam erscheint, belächelt, verurteilt oder zumindest missbilligt. Respekt dafür bringen die wenigsten auf. Dabei sollten es doch gerade diese Dinge sein, die am meisten Respekt verdienen. Denn es ist schließlich so einfach das zu tun, was alle anderen auch machen, mit dem Strom zu schwimmen und ohne nachzudenken die am stärksten vertretene Meinung zu adaptieren. Stets wird das Naheliegende favorisiert.

Und genau da liegt das Problem. Denn Res-

pekt ist durchaus etwas Zweischneidiges. Respekt hat man nicht nur vor Anderen. Eigentlich sollte man doch meinen, jede Entscheidung, die aufgrund von intensiver Auseinandersetzung mit besagtem Thema gefällt wurde, sollte respektiert werden. Doch genauso wenig, wie die meisten Menschen bereit sind, sich mit anderem Gedankengut, mit unbequemen Meinungen und nicht auf den ersten Blick nachvollziehbaren Lebensweisen auseinanderzusetzen, genauso wenig investieren sie Zeit und Mühe in ihre eigenen Entscheidungen. Stattdessen laufen sie dem weitläufig propagierten Gesellschaftsbild hinterher, ohne es mit ihren eigenen Vorstellungen abzugleichen. Es ist schließlich auch viel einfacher.

Damit zeigt sich aber der zweite gravierende Mangel an Respekt. Das ist der vor den eigenen Chancen. Wer besitzt diese noch? Die Möglichkeit, wählen zu können? Denn nur wer sie besitzt, kann ernsthaft abwägen, was er will, kann sich mit seiner Zukunft auseinandersetzen und letztlich einen Weg finden, für den er respektiert wird. Und wer sich selbst nicht respektiert, der kann vermutlich auch andere Menschen nicht respektieren.

Das ist meine Antwort auf die Frage nach Respekt. Ja, es fehlt vielen Stellen in der Gesellschaft an Respekt. Aber der Spruch „Respekt muss man sich verdienen“ ist nicht vom Himmel gefallen. Daher stellt sich die abschließende Frage, wie es mit dem Respekt aussehen würde, wenn jeder Mensch tatsächlich einmal alles geben würde, sich intensiv – und das immer wieder mit seinem Leben – mit seiner Zukunft und seinen Plänen auseinandersetzen würde. Vielleicht würde es dann mehr Respekt von Anderen geben. Ganz sicher aber wären die Menschen immerhin um Einiges glücklicher, denn sie hätten dann zumindest Respekt vor sich selbst. Vielleicht würde daraus ja auch der Respekt für andere entstehen...

Anna Behmer (25) ist Studentin und seit kurzem Mitglied bei den JuLis.

e-mail annabehmer@gmail.com





Europas liberale Jugend in Berlin

Unter dem Motto „Stand up for Liberalism“ haben sich vom 23. bis zum 26. Oktober über 100 junge Liberale aus ganz Europa zum Kongress unseres europäischen Dachverbandes, der European Liberal Youth (LYMEC), getroffen. Auf der Agenda des LYMEC-Kongresses standen Themen wie Europäische Verteidigungspolitik, die vergangenen Europawahlen und die Situation in der Ukraine sowie Prostitution und Drogenpolitik. Die JuLi Delegation um unseren International Officer konnte sich mit unserem Antrag zu einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik durchsetzen. Unser europäischer Dachverband hat nach einer ausführlichen Debatte unsere Vision für ein Europa mit 100 Prozent erneuerbaren Energien beschlossen. Au-

ßerdem fordert LYMEC nun auch eine Reform des Emissionshandels und den Ausbau der europäischen Netzinfrastruktur. Unser Bundesvorsitzender Konstantin hat den Kongress gemeinsam mit der FDP Generalsekretärin, Nicola Beer eröffnet. Beide freuen sich, dass LYMEC mit dieser Standortwahl ein starkes Zeichen für die Unterstützung der deutschen Liberalen gesetzt haben.

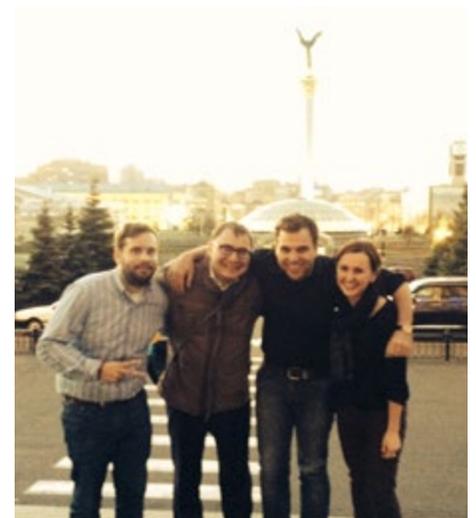
Als neue Mitglieder wurden liberale Jugendorganisationen aus Irland, Montenegro und Luxemburg aufgenommen. Die liberale Familie in Europa wächst und das ist ein gutes Zeichen. Mehr Informationen zum Kongress und LYMEC generell gibt es auf: www.lymec.eu

IFLRY tagt am Maidan

Direkt am Maidan in der Ukraine haben sich junge Liberale aus der ganzen Welt vom 2. bis 5. Oktober zur General Assembly (GA) unseres globalen Dachverbandes, der International Federation of Liberal Youth (IFLRY) getroffen, um über liberale Politik zu diskutieren. Zu den in der GA diskutierten Themen gehörten etwa Bildungspolitik, Hilfe für

Flüchtlinge und die Trennung von Staat und Kirche. Besonders interessant für die JuLis war die Resolution zum Vorgehen gegen ISIS im Irak. Dort konnten wir uns mit unserem Beschluss zur Befürwortung von Waffenlieferungen an die kurdischen Peschmerga mit einem Nachnutzungsplan und dem stärkeren Schutz von Flüchtlingen durchsetzen. Bereits im Standing Komitee, einem programmatischen Vorbereitungsgremium, haben die JuLis gemeinsam mit anderen Partnerorganisationen eine entsprechende Resolution angepasst.

Im Vorfeld der GA fand eine Konferenz zur aktuellen Lage in der Ukraine statt. Neben direkten Einblicken von unserer Partnerorganisation der European Youth of Ukraine, standen dabei Vorträge von Politikern und Wissenschaftlern auf der Agenda. Dadurch konnten die Teilnehmer einen guten Überblick über die Lage in der Ukraine erhalten. Insbesondere die Themen Korruptionsbekämpfung und der gesellschaftliche Wandel durch die Proteste aber auch die Bedrohung durch Russland wurden diskutiert. Alles in allem hat IFLRY nicht nur



durch das Programm sondern auch die Standortwahl bewiesen, dass „Globalizing Freedom“ zu Recht der Leitspruch unseres liberalen Dachverbandes ist. Auf dem Bundeskongress der JuLis im Oktober hat IFLRY Präsident, Christian Scharling die vielfältigen Möglichkeiten sich bei IFLRY einzubringen vorgestellt. Mehr Informationen gibt es auch auf der Homepage: www.interim.iflry.com



Noch Fragen?

Bei Fragen zu unserer internationalen Arbeit steht Dir unser International Officer, Sven (hilgers@julis.de) oder das Internationale Komitee (intkom@julis.de) gerne Rede und Antwort.



Demokratie in Taiwan

Wie steht es um Interessen junger Menschen im größten nicht anerkannten Staat der Welt?

Taiwan ist weder Mitglied der Vereinten Nationen noch unterhält Deutschland diplomatische Beziehungen zu dieser Insel. Trotzdem haben die knapp 23 Millionen Taiwanesen es in den vergangenen 20 Jahren geschafft eine lebendige Demokratie aufzubauen. Das bestimmende politische Thema in Taiwan sind die Beziehungen mit der Volksrepublik China, die Taiwan als Teil des eigenen Staates betrachtet. Die größten zwei Parteien in Taiwan beschäftigen sich genau mit diesem Sachverhalt. Sie unterscheiden sich grundlegend in ihrer außenpolitischen Ausrichtung. Während die Koumitang (KMT) auf dem grundsätzlichen Ziel der Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland beharrt, tendiert die liberale Democratic Progressive Party (DPP) eher zu einer Unabhängigkeit Taiwans.

Ende November waren mit Clarisse Höhle, Saskia Kreienbaum, Lasse Roth, Sven Hilgers und Florian Philipp Ott insgesamt fünf JuLis aus Deutschland in Taiwan, um sich mit den politischen Jugendorganisationen vor Ort auszutauschen. In den Workshops von uns JuLis und der DDP Youth, der Jugendorganisation der DPP, standen allerdings vor allem die Partizipation von Jugendlichen in den Parteien jenseits der Außenpolitik im Mittelpunkt. Die Struktur von formalisierten Jugendorganisationen befindet sich in Taiwan noch im Aufbau. Bei den 9-in-1 Wahlen, der - mit Ausnahme der nationalen Wahlen - wichtigsten Stimmabgabe des Landes, gab es nur wenige junge Kandidaten. Zu teuer sind die Kampagnen und Gebühren für Kandidaten im JuLi-Alter. So schaffen es fast ausschließlich Nachwuchspolitiker aus vermögenden Familien auf die Listen von DPP und KMT. Deren Anzahl ist begrenzt und jungen Politikinter-

sierten bleibt häufig nur die Rolle als Zaungast. Doch damit finden sich längst nicht alle ab.

Im März dieses Jahres sind vor allem Studierende auf die Straße gegangen, um im sogenannten Sunflower Movement gegen ein Handelsabkommen mit der Volksrepublik China und gegen Intransparenz zu demonstrieren. Deswegen haben sich die fünf JuLis in Taiwan auch mit Democracy Tautin, einer Nichtregierungsorganisation, ausgetauscht. Die im März gegründete Organisation wurde von jungen Taiwanern gegründet, um die Ideen des Sunflower Movement langfristig in die Politik einzubringen.

Spannend am Wahlkampf in Taiwan ist der Enthusiasmus mit dem Kandidaten und ihre Unterstützer um die Stimmen werben. Beim „Street sweeping“ etwa bilden die jeweiligen Parteien eine Karawane an Wagen, auf dessen Ladeflächen die Kandidaten Reden halten und den Bürgern zuwinken. Diese wiederum schwenken die Fahnen der Parteien, jubeln den Politikern zu und zünden Feuerwerkskörper am Straßenrand. Der Aufbau der Kampagnen erinnert eher an amerikanische Wahlkämpfe. In fast jeder größeren Stadt gibt es „Campaign Headquarter“ und mehrere Supporter Offices, von denen aus die gesamte Kampagne koordiniert wird und die jederzeit von interessierten Wählern besucht werden können. Allein im Kampagnenbüro für die Bürgermeisterwahl in Taichung, der zweitgrößten Stadt Taiwans, arbeiten 50 Mitarbeiter an der Kampagne. Erfrischend sind die Kampagnen in Taiwan definitiv und an der Lebendigkeit der noch jungen Demokratie bestehen wenig Zweifel. Es fehlt noch die Repräsentation junger Menschen im politischen System. Doch das wird sich hoffentlich bald ändern!

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber: Bundesverband Junge Liberale e.V., PF 540243, 10042 Berlin, Telefon: (030) 28 38 87 91, Telefax: (030) 28 38 87 99, E-Mail info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P):
Jeanine Weiss (jundl@julius.de)

Autoren: Anna Behmer, Lukas Fischer, Sven Görgens, Sven Hilgers, Konstantin Kuhle, Gerald Kunzmann, Michael Lindner, Oliver Olpen, Florian Philipp Ott, Beret Roots.

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bildnachweise

Seite 4: wikipedia/Jochen Jansen

Seite 6: flickr/Vincent Diamante

Seite 8: wikipedia/Ailura

Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen

© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin

Kontakt



Bezüglich einer Aufnahme in den Autorenverteiler, Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an jundl@julius.de schicken.

Gute Pflege
braucht Begleitung.

**Unser Maßstab:
PFLEGEBERATUNG
ZU HAUSE**

Um Pflegebedürftige bestmöglich beraten zu können, müssen wir ihr Umfeld kennen. Deswegen besuchen wir sie in ihren eigenen vier Wänden. Sie müssen nirgendwohin, unsere Berater kommen zu ihnen. Damit setzen wir Maßstäbe. Und machen Pflege für alle besser.
www.pkv.de



Wir machen *Pflege* besser – für alle.



Verband der Privaten
Krankenversicherung